Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Frieder", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Hofbuchdruckerei „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Blatt „Ulk", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. b. d. Exped. d. Bl. u. deutsch. Bezugspreis: Täglich die Post viertelj. 4.90 M. exkl. Zustellungsgebühr. Rußland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl. fürs Ausland 3 M., fürs Inland 3.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Zentralpr. Amt Zentrum, Nr. 10151-10152, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 40; Schönhauser Allee 144; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schützenstraße 27; Bahnh. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharoenstr. 59; Friedenau: Rheinstr. 19; Galenstr. 1/2; Grunewald: Hemsterlooplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Rixdorf: Berliner Str. 41; Pankow: Borkheimer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 59; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 3
43. Jahrgang

Sonnabend
3. Januar 1914

Hierzu die Wochen-Beilage „Haus, Hof, Garten" Nr. 1.

Die deutsche Landwirtschaft.

Von [Nachdruck verboten.]

Landwirt Jan Fegter, Mitglied des Reichstags.

Eine für alle Interessenten wertvolle Zusammenstellung von auf die Landwirtschaft bezüglichen Statistiken veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt unter dem Titel „Die deutsche Landwirtschaft". Dem Herrn Dr. Seibt, der diese Zusammenstellung bearbeitete und mit erläuterndem Text versah, würde noch mehr Dank gebühren, wenn er auch noch die Statistik über die Fideikommisse und die Verschuldung des landwirtschaftlich genutzten Bodens beigegeben hätte. Erst wenn über diese Dinge, soweit möglich, völlige Klarheit herrscht, wird es möglich sein, die zur Vermeidung einer gefahrdrohenden Agrarkrise erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zweckentsprechend und sachgemäß zu treffen.

Ständiger Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, immer stärker werdende Abwanderung vom Lande in die Städte und Industriebezirke, ständige Vermehrung der ausländischen Arbeitskräfte zur Ackerbestellung, ständiges Steigen der Mehrzufuhr an Roggen, ständige Vergrößerung der Roggenanbaufläche zur Versorgung des Auslandes mit billigem Brot und Viehfutter, ständige Verminderung der zur Ernährung des Volkes notwendigen Viehstapels und damit verbundene chronische Fleischteuerung, weitere fideikommissarische Bindung des Bodens gegenüber einer wesentlich geringeren Aufteilung durch innere Kolonisation, — das sind die Resultate der „bewährten Wirtschaftspolitik", an der, wie der verstorbene Graf Kanitz sagte, nicht gerüttelt werden darf, einer Wirtschaftspolitik, die solche Folgen zeitigt, daß man, wie der konservative Reichstagsabgeordnete, Oekonomierat und Rittergutsbesitzer Herr Hoefsch sagt, vor einem Versagen der Heimatpolitik steht.

Wenn die Freisinnigen schadenfroh wären, so müßten sie jetzt jubilieren. Denn alles das, was sie vorausgesagt haben, ist prompt eingetreten. Durch die künstliche Verteuerung aller Bedarfsartikel, in diesem Falle der Agrarprodukte, wurde eine künstliche Verteuerung des landwirtschaftlich benutzten Bodens herbeigeführt, die heute schon weit über das wirtschaftlich zulässige Maß hinausgewachsen ist, und hat eine Verschuldung dieses Bodens stattgefunden, die nach einer Bemerkung des königlich preußischen Statistischen Landesamts schon 1910 eine besorgniserregende Höhe erreicht hatte. Der damalige preußische Minister für Landwirtschaft, Herr v. Arnim, sagte in der bekannten Rede im Abgeordnetenhaus im Februar 1908:

„Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Chancen, die die Zollgesetzgebung bietet, doch etwas überschätzt werden. Meiner Ueberzeugung nach bilden die Erhöhung der Arbeitslöhne und die durch das Steigen sämtlicher Preise bedingte Erhöhung der Produktionskosten ein schwerwiegendes Gegengewicht gegen die Vorteile, die die etwas höheren Preise der Landwirtschaft bieten, ganz besonders, wenn man berücksichtigt, daß die hohen Viehpreise nur vorübergehend sein können. Zieht man dies alles in Betracht, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die hohen Güterpreise, die wir gegenwärtig haben, in der gesteigerten Rentabilität eine genügende Stütze nicht finden. Ich halte sie vielmehr für ein höchst bedenkliches Moment, dessen Ursache weniger in der gesteigerten Rentabilität als in der erhöhten Nachfrage nach Grund und Boden liegt .... Diese allgemeine Preissteigerung ist aber auch deshalb so bedenklich, weil sie nicht nur beim Verkauf, sondern — und das ist das Allerbedenklichste — auch bei der Vererbung in die Erscheinung tritt und bei jedem Erbgang Anlaß gibt zu einer vermehrten und beschleunigten Verschuldung .... Zweifellos bringt die Zollgesetzgebung den jetzt lebenden Landwirten nicht unerhebliche Vorteile. Sicher ist, daß diese Vorteile in gewisser Zeit, meist schon in einer Generation, in Gestalt von höheren Schulden eskomptiert sein werden, so daß dann die Landwirtschaft sich wieder auf demselben Standpunkt befinden wird, auf dem sie heute steht. Die Zollgesetzgebung hätte dann also gar nichts genützt; sie hätte vielmehr geschadet. Denn fände je eine Verminderung oder Aufhebung der Zölle statt — und wer wollte die Möglichkeit dafür leugnen? — dann werden Katastrophen der allerschlimmsten Art eintreten."

Das war so ungefähr das Resümee von all dem, was die Freisinnigen schon bei der Einleitung der Zollpolitik im Jahre 1879 warnend gesagt und bei jeder Erhöhung der Zölle wiederholt hatten. Nun steht die Verminderung oder Aufhebung der Zölle und die Beseitigung der Kornausfuhrprämien vor der Tür. Nicht die bösen Freisinnigen, nicht die Sozialdemokraten werden diese Aufhebung oder Beseitigung erzwingen. Das Ausland wird uns unsere Tarifzollpolitik diktieren.

Die Wirtschaftspolitik, die Heimatpolitik, wie man sie nannte, die uns besonders hinsichtlich unserer Volksernährung unabhängig machen sollte vom Ausland, hat uns dem Ausland direkt ausgeliefert. Dr. Seibt schreibt auf Seite 248 seines anfangs erwähnten Buches: „Im ganzen ist also auch für die übrigen Feldgewächse neben dem Getreide Deutschland mehr und mehr auf das Ausland angewiesen, und zum Schluß auf Seite 272 heißt es:

„Im ganzen ist die Mehreinfuhr für die Zwecke der Lebensmittelversorgung beträchtlich gestiegen."

Die in der Landwirtschaft hauptberuflich tätige Bevölkerung ist zurückgegangen von 19,22 Millionen im Jahre 1882 auf 17,68 Millionen im Jahre 1907 oder, in Verhältniszahlen ausgedrückt, von 42,5 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 auf 28,6 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 1907. Die neuesten Erhebungen, deren Endzahlen noch nicht vorliegen, werden wahrscheinlich einen noch weiteren Rückgang aufweisen.

Die Zahl der zur Bebauung des deutschen Ackerbodens herangezogenen Ausländer ist von etwa 100 000 im Jahre 1890 auf fast 500 000 im Jahre 1913 angewachsen.

Durch eine einzige Verordnung über die Grenzsperre gegen die Auswanderung der Saisonarbeiter vermag die russische Regierung unsere ostdeutsche Landwirtschaft lahmzulegen. Die Sperre für die russischen Saisonarbeiter, die wir nicht mehr entbehren können, weil unsere berühmte Heimatspolitik das Land entvölkerte, bedeutet eine geradezu vernichtende Waffe im wirtschaftlichen Kampfe Rußlands mit uns. Und vielleicht bedarf es nicht einmal des Eingreifens der russischen Verwaltung. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden die russischen Preußengänger in wenigen Jahren alle in ihrer Heimat Beschäftigung finden, dank der großzügigen Agrarreform, die 20 Millionen Desjatinen, man kann sagen neu, der Kultur erschlossen hat.

Wird nun die Katastrophe, von der Herr v. Arnim sprach, noch abzuwenden sein? Dazu geeignete Maßregeln zu treffen, das wird eine der dringendsten Aufgaben der Gesetzgebung sein müssen! Die Bahn frei machen für eine beschleunigte innere Kolonisation, das scheint der einzig zum Ziele führende Weg zu sein, ein Weg, der aber auch nur dann zum Ziele führen wird, wenn die Regierung entschlossen bricht mit der bisher geübten Praxis der Schonung althergebrachter Privilegien zum Nutzen für eine verschwindende Minderheit.

Jetzt sind noch Menschen da in Massen, die nach Land hungern, noch ist vielleicht eine Existenz der Neugesiedelten möglich auf dem verteuerten Boden. Wenn man noch lange zögert, werden die Menschen fehlen und wird auch keine Existenzmöglichkeit mehr vorhanden sein.

Und was dann? Ja, dann kommt Graf Rantzau mit seinen indischen Kulis! Oder vielleicht auch ein deutscher Lloyd George als Agrarreformer! Ob das letztere unseren Agrariern behagen würde? Das darf man wohl kaum erwarten.

Wachsende italienische Erbitterung gegen Griechenland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 2. Januar.

In einem Leitartikel der „Stampa" gibt der Abgeordnete Cirmeni ein Bild von der Lage, das von leitender Stelle inspiriert zu sein scheint. „Die internationale Lage", schreibt Cirmeni, „stellt sich am Jahresbeginn als recht bedenklich dar, weil Griechenland die letzten Illusionen derer zertrümmert, die an eine friedliche Räumung Südalbaniens durch die Griechen glaubten. Griechenland ist nicht zufrieden, sein Truppenkontingent in den albanischen Grenzgebieten verdreifacht und massenhaft Waffen eingeführt sowie zahlreiche Freischarenbanden unter Teilnahme regulärer griechischer Offiziere und Soldaten organisiert zu haben. Jetzt will Griechenland sogar den Dreibund von oben herab behandeln und direkt herausfordern. Die Haltung Griechenlands ist um so gefährlicher, als der bisherige griechische Minister des Aeußern lediglich das Sprachrohr Frankreichs ist. Das ist der schwarze Punkt am Horizont des neuen Jahres. Die Hoffnung, daß Frankreich Griechenland auffordern wird, den Beschlüssen der Großmächte zu gehorchen, erwies sich leider als hinfällig. Statt dessen reizt Frankreich die Griechen nur zum Widerstand auf und hetzt sie auf den Dreibund. Tatsächlich ist Griechenland von passiven Widerstand zum aktiven übergegangen." Cirmeni spricht schließlich die Vermutung aus, es könne sich möglicherweise um einen diplomatischen Bluff handeln, der Italien einschüchtern und es veranlassen solle, ohne Kompensationen in Rhodus oder Kleinasien den Dodekannes aufzugeben und Italien aus der Aegäis wegzufegen. Aber das seines Rechtes bewußte, auf Heer und Flotte sich stützende, von treuen, mächtigen Verbündeten unterstützte Italien werde sich nicht einschüchtern lassen.

Valona, 2. Januar. (Ag. Stef.)

Dreihundert Gendarmen sind mit ihren Offizieren in voller Ausrüstung an die griechisch-albanische Grenze abgegangen, sie führen drei Maschinengewehre mit sich.

Konstantinopel, 2. Januar.

Die offiziöse Presse erklärt jetzt ganz entschieden, daß eine Lösung der Inselfrage in dem Sinne, wie England sie vorschlage, niemals angenommen werden könnte. Der „Tanin" erklärt, die leitenden Männer Griechenlands müßten wissen, daß, solange die Inselfrage nicht gemäß dem türkischen Standpunkte geregelt sein werde, die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland anormal bleiben werden. Die Türkei werde alles aufbieten, um die Inseln zurückzugewinnen, und von Griechenland hänge es ab, die gegenseitigen Beziehungen nicht zu verschlimmern. Morgen, wenn es dem Schicksal gefällt, könnte sich die Lage ändern; denn das Schicksal sei nicht immer blind.

Armenisch-Kurdisches.

Der Gatte der geraubten Armenierin. — Zweierlei Kurden und zweierlei Armenier. — Türkisches Entgegenkommen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Konstantinopel, Ende Dezember.

In der Grande Rue de Péra kann man vormittags oft einen stets dunkel gekleideten Herrn mit rotem Fez beobachten, der, langsamen Schritts dahinwandelnd, unbekümmert um das Gedränge der übrigen Passanten, ein armenisches Morgenblatt liest und nur von Zeit zu Zeit aufblickt, um einen Gruß zu erwidern. Armenier mit Leichenbittermienen sind keine Seltenheit. Wenn man von den Portugiesen etwas übertreibend behauptet, daß sie immer lustig sind, so kann man ohne Uebertreibung feststellen, daß die Armenier fast durchweg finster dreinschauen. Diesen Armeniergesichtern haben Groll und Verbitterung einen geradezu erschreckenden Stempel aufgeprägt. Aber die Miene des erwähnten Herrn in der Grande Rue de Péra zeigt eine eigene ergreifende Traurigkeit, die auch dem sonst Gleichgültigen die Frage aufdrängt, welcher Kummer diesen Mann wohl erfüllen mag. Der Herr, von dem ich spreche, ist ein früherer armenischer Abgeordneter aus Ostanatolien. Und er trägt seit Jahren Witwentracht, weil die Kurden seine Frau in die Berge entführt haben ...

Daß die anarchischen Zustände in Ostanatolien, gegen welche die ganze Erscheinung des bedauernswerten Erdeputierten so überzeugend protestiert, unhaltbar sind, wird heute von keinem vernünftigen Türken mehr bestritten. Die Türken wissen auch ganz genau, wie ein Wandel herbeigeführt werden könnte. Die Pforte müßte zunächst die leidige Streitfrage der von Abdul Hamid geraubten armenischen Ländereien durch entsprechende Entschädigung der jetzigen rechtmäßigen kurdischen Besitzer und unentgeltliche Rückgabe an die ursprünglichen armenischen Eigentümer für beide Teile befriedigend lösen. Sie müßte sodann eine militärische Expedition zur Unterwerfung der in Wahrheit noch unabhängigen kurdischen Bergstämme ausrüsten und nach ihrer Unterwerfung die dauernde Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung durch bedeutende Verstärkung der Gendarmerie sichern. Daß gleichzeitig die Entwaffnung der gesamten dortigen Bevölkerung, der Kurden wie der Armenier — denn es gibt auch bewaffnete Armenier, wie sich im Frühling bei der Bombenexplosion in Erzindschan und im September bei der Ermordung des Kurdenchefs Musa Bei in Gardschikan wieder einmal gezeigt hat —, erfolgen müßte, bedarf kaum besonderer Betonung. Die Ausführung aller dieser Grundreformen, ohne die an eine dauernde Beruhigung der ostanatolischen Provinzen nicht zu denken ist, erfordert aber, abgesehen vom guten Willen, der jetzt zweifellos vorhanden ist, sehr viel Geld, und daran fehlt es einstweilen leider. Von armenischer Seite wird behauptet, die Regelung der Ländereienfrage koste „nur" eine halbe Million türkische Pfund (etwa 9½ Millionen Mark). Die Summe erscheint aber riesig in einem Land, dessen Beamte monatelang auf ihr ohnedies sehr bescheidenes Gehalt warten müssen, in dem Notwendiges nicht geschieht und Unvermeidliches auf jede Weise vermieden wird, wo die Kassen leer sind! Der armenische Agitator Nubar Pascha hat jüngst die Forderung aufgestellt: Erst die Reformen, dann die Anleihe! Demgegenüber muß betont werden, daß die Beseitigung der Finanznot des türkischen Reiches die erste unerläßliche Vorbedingung für die Durchführung ernster Reformen ist.

In Europa vergißt man oft, daß die sogenannte „armenische Frage" in ihrer heutigen Gestalt nicht zuerst als Geldfrage betrachtet werden muß. Man übersieht auch manche andere Wahrheit, die schon wiederholt betont wurde und doch immer wieder altem Irrtum weicht. Gerade deutsche Reisende haben stets hervorgehoben, daß es zweierlei Kurden und zweierlei Armenier gibt. Das Konversationslexikon nennt die Kurden einfach „ein räuberisches, mohammedanisches, nur zum kleinen Teil seßhaftes Volk iranischen Stammes". Diese Erklärung bedeutet indessen doch eine allzu summarische Charakterisierung des intelligenten Volkes, das sich in Ostanatolien — wie im Winter 1908—1909 ein Spezialkorrespondent des „Berliner Tageblatts" an Ort und Stelle beobachtete — von denen anwohnenden Christen durch hochherzige Gastfreundlichkeit vorteilhaft unterscheidet und ein Element frischen Fortschritts unter den mohammedanischen Völkern bildet. Nichts wäre falscher, als zu glauben, daß die Türken etwa für die Kurden gegen die Armenier Partei ergreifen. Abdul Hamid hat allerdings versucht, die Kurden gegen die verhaßten Armenier auszuspielen. Aber er traute auch den Kurden keineswegs. Viele Mitglieder der führenden kurdischen Familien Baban, Bedirkan, Mewlan usw. haben unter dem alten Regime jahrelang in den Gefängnissen geschmachtet. Auch die Jungtürken begegnen den Kurden, die sich nicht gleich dem soeben verstorbenen kurdischen Erdeputierten von Bagdad, Ismail Hakki Bei Baban, unbedingt zum Programm der Komiteepartei bekennen, mit offenem Mißtrauen. Für die moralische und materielle Hebung